

Das richtige Buch zur richtigen Zeit oder einfach: „maximal dreist“?

Das dürfen Sie natürlich selbst entscheiden: Identitätspolitik zwischen Abwehr, Abschottung und Allianzen – mit dem Sammelband „Trigger Warnung“ auf Lesereise

von Eva Berendsen, Saba-Nur Cheema und Meron Mendel¹

Achtung: Hier können Menschen, die sich als links und Ismen-kritisch verstehen, verletzt werden.

Wegen der Corona-Pandemie sollte auch die in vielerlei Hinsicht dichte Lesetour von „Trigger Warnung“ zu einem vorläufigen Ende kommen. Mit dem Sammelband waren wir in mehr als vierzig Orten in Deutschland und Österreich zu Gast, in diversen Veranstaltungssälen, Kulturorten und selbstverwalteten Zentren – ein Jahr voller Diskussionen um das Thema Identitätspolitik, um Unisex-toiletten und Dreadlock-Verbote für Weiße, „richtige“ Sprache und „falsche“ Karnevalskostüme. Ein Jahr, in dem wir in etwa so viel Applaus und Zuspruch erhielten wie uns Abneigung und Kopfschütteln begegneten. Mit Widerspruch hatten wir freilich gerechnet: Die Emotionen kochen bekanntlich hoch, wenn es um die Frage geht, wie die Gesellschaft es mit linker Identitätspolitik hält – also welcher Stellenwert jenen Kritiken und Forderungen zukommen möge, die sich aus den geteilten Diskriminierungserfahrungen marginalisierter Gruppen und dem Erleben der Betroffenen von zum Beispiel Rassismus, Antisemitismus, Sexismus oder Queerfeindlichkeit speisen. Und die vor allem auf Sichtbarmachung, Schutz und Empowerment zielen: Wie also halten wir es etwa mit dem Gendersternchen, mit dem Wissen um Mikroaggressionen oder mit dem Ruf nach den für uns titelgebenden Trigger Warnungen, die Opfer von Gewalt davor schützen sollen, dass sie eine traumatische Situation erneut durchleben müssen – sei es in Uniseminaren, auf dem Plenum, bei öffentlichen Veranstaltungen, in den Sozialen Medien?

Mit dem Sammelband schauen wir im Sinne einer solidarischen Kritik genau dahin, wo es aus unserer Sicht in den Debatten zwicket und weh tut, nämlich wo Trigger Warnungen auf die gesamte Gesellschaft übertragen werden sollen und das Schutzargument dazu genutzt wird, sich unbequemen Auseinandersetzungen nur allzu bequem zu entziehen; wo sich identitätspolitische Bemühungen in reiner Symbolpolitik erschöpfen und die sozioökonomischen Ursachen von Ausschluss und Gewalt unter den Tisch fallen. Sackgassen der Identitätspolitik finden wir in den vermeintlich progressiven Forderungen nach verletzungsfreien „Safe Spaces“, wir entdecken sie auch im Diskurs um Betroffenheiten mit seinem teils zerstörerischen Potential für politische Sprech- und Handlungsfähigkeit sowie in der inner-links weitverbreiteten Tendenz, sich im moralinsaureren Wettbewerb der weißen Westen die Hände bloß nicht schmutzig machen zu wollen – kurz: Kaum ein Trigger, den der Band „Trigger Warnung“ beim Publikum nicht zu drücken in der Lage war und ist.

Unser Buch ist als solidarische Kritik identitätspolitischer Diskussionen angetreten, die nicht nur innerhalb der Linken mit einem enormen Spaltungspotential ausgestattet sind. In unseren professionellen Zusammenhängen der politischen Bildung gegen Antisemitismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit sowie der Opferberatung für Betroffene rechter Gewalt erleben wir die Debatte als stark aufgeheizt. Von „Beißreflexen“ (Patsy l’Amour laLove) über „Pipifax“ (Robert Pfaller) bis zum „links-grünversifften Meinungsterror“ – mit Polemiken halten sich weder Linke selbst noch das liberale bis rechtspopulistische Lager zurück, wodurch das Thema in einem Würgegriff gehalten wird, der jede produktive Auseinandersetzung schnell erstickt.

¹ Die VerfasserInnen sind HerausgeberInnen des Sammelbands „Trigger Warnung. Identitätspolitik zwischen Abwehr, Abschottung und Allianzen“, der 2019 im Berliner Verbrecher Verlag erschienen ist, und haben in der Bildungsstätte Anne Frank, Frankfurt/Main auf unterschiedliche Weise mit Wohl und Wehe der Identitätspolitik zu kämpfen.

In dieser aussichtslos verfahrenen Gemengelage wird unser Band „Trigger Warnung“ immer wieder als lang ersehnter „Schlichtungsversuch“ und „genau richtiges Buch zur richtigen Zeit“ gefeiert. Für andere fällt unsere solidarische Kritik noch viel zu heftig aus beziehungsweise wird – in den Worten einer Leserin – als „maximal dreist“ empfunden. Schnell landet man hier in der Rubrik der Nestbeschmutzer, wenn man der heilig gewordenen Betroffenenperspektive auch nur im Ansatz zu widersprechen wagt oder versucht deutlich zu machen, dass Betroffene nicht immer recht haben. Wieder andere zeigen sich vom solidarischen Impetus maximal genervt und bemängeln die Kritik als viel zu soft. Nun, wir hatten auch nicht vorgehabt, es allen recht zu machen.

Vielmehr ist unser Anliegen, beim Streit um Identitätspolitik wieder miteinander ins Gespräch zu kommen. Dazu gehört für uns, einander offen und mit einer gewissen Fehlertoleranz zu begegnen sowie die Dinge zwar mit dem gebotenen Respekt, aber auch mit Gelassenheit zu verfolgen – und nicht zuletzt den Spaß am Streit und an der Reibung wieder (neu) zu erleben. In einer Zeit, in der vor allem die Betonung der Unterschiede und unterschiedlicher Opfergruppen Konjunktur hat, wollen wir nicht zuletzt daran erinnern, dass man nicht mit allem identisch sein muss, wofür es sich zu kämpfen lohnt.

Zugegeben: Wären wir drei alte weiße Männer, würden uns die Plädoyers für mehr Lockerheit angesichts gewaltvoller Verhältnisse wohl nicht ganz so einfach von den Lippen gehen. Ein Schelm, wer behauptet, wir würden diese Karte strategisch spielen. Allerdings können wir durchaus feststellen, dass unser Buch ziemlich beispiellos sehr weite Teile einer sich als irgendwie kritisch verstehenden Zivilgesellschaft erreicht hat – von bürgerlichen, kirchlichen und kulturinteressierten Kreisen bis hin zu links-aktivistischen Gruppen, die sich von den *postcolonial studies* inspiriert sehen, und anti-deutschen Zusammenhängen, in denen eher eine ideologiekritische Haltung gepflegt wird. Auch wenn das Thema Identitätspolitik durch entsprechende Feuilleton- und Debattenbeiträge in aller Munde zu sein scheint – wir treffen auf der Lesereise auf sehr unterschiedliche Wis-

senstände. Während uns das Publikum mancherorts hinsichtlich des momentan als „richtig“ und „woke“² geltenden Vokabulars weit voraus war, galt es bei anderen Veranstaltungen unseren Zuhörer*innen erst einmal zu erklären, was Identitätspolitik überhaupt ist.

Und dann lieferten die Begegnungen auch immer wieder Beispiele für genau jene Exzesse, Übertreibungen und Verkehrlungen, mit denen im identitätspolitischen Stellungskrieg der Rückzug in die jeweiligen Schützengräben begründet wird. Zum Beispiel bei dieser hippen Kulturveranstaltung irgendwo in Deutschland, wo wir mit unserem Sachbuch auf queere Performancekünstler*innen, Musiker*innen und Lyriker*innen trafen. Irgendwann stellte jemand aus dem Publikum die doch recht harmlose Frage, was denn eigentlich ein queeres Gedicht genau auszeichne. Zwar hatte einer der Künstler*innen schon bereitwillig Auskunft gegeben, doch für eine besonders kritische Zuhörer*in war dieser ganze Vorgang einfach unerhört: „Die Frage ist eine Frechheit“, eröffnete sie eine wortreiche Empörung, die an dieser Stelle sinngemäß und verkürzt wiedergegeben wird: „Wieder sind es die Marginalisierten, die sich erklären müssen. Solche Fragen sind mikroaggressiv und verletzend. Sie triggern die Erfahrung, die alle Queers von klein auf machen: dass sie nämlich anders sind, dass sie von der Norm abweichen. Wir dürfen solche Fragen einfach nicht mehr beantworten!“ Wenn in Kreisen, die sich als progressiv verstehen, die feinen Verästelungen von potentiellen Mikroaggressionen innerhalb schlichter Verständnisfragen schon zur Totalverweigerung führen, müssen sich Linke über ihre politische Randständigkeit eigentlich nicht mehr groß wundern.

Die Fallstricke der Identitätspolitik

Wie aus manchen Schüler*innen von Karl Marx „Vulgärmarxist*innen“ wurden, so erleben wir momentan die Verbreitung einer vulgären Identitätspolitik mit fundamentalistischen Zügen. Der Ruf nach Trigger-Warnungen

² Ist ein politischer Begriff afroamerikanischer Herkunft und bezieht sich auf ein wahrgenommenes Bewusstsein für Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Rassengerechtigkeit.

und Safe Spaces bringt dabei eine Tendenz linker Identitätspolitik auf den Begriff, die wir für problematisch, mehr noch: für grundfalsch halten. Die Verallgemeinerung der medizinischen und klinischen Beschäftigung des Triggers aus der Traumaforschung in politisierter Absicht wird zunehmend – mal intendiert, mal zufällig – zum Mittel, um Gegenredner*innen oder unbequeme Positionen aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen. Hinzu kommt eine vereinfachte, manichäische Spaltung der Welt in Gut und Böse, in „globaler Süden“ und „der Westen“. Eine oberflächige Lektüre etwa von Michel Foucault führt in diesem vulgären Poststrukturalismus zur Gleichsetzung von Macht und Bosheit. Folglich reicht allein die Schwäche der Gruppe, um ihr ultimatives Recht zuzusprechen. Die an sich zentrale Perspektive der Betroffenen von menschenfeindlicher Gewalt, die in Mainstream-Debatten üblicherweise keine oder noch viel zu wenig Berücksichtigung findet, avanciert hier zum einzigen Maßstab, um sich eine Meinung zu bilden und ein Urteil zu fällen. Wir beobachten hier eine interessante Gleichzeitigkeit: Geht es zum Beispiel in Talkshows um das Thema rechte Gewalt, sitzen oft genug ausschließlich weiße sogenannte Expert*innen in der Runde – Betroffene dieser Gewalt sucht man vergeblich. Und auch in weiten Teilen der politisch aktiven Linken – sei es in aktivistischen oder Partei-Zusammenhängen – spiegelt sich die Vielfalt der Gesellschaft noch nicht ansatzweise wider, hier haben oft genug weiße Cis-Männer³ das letzte Wort. In manchen antirassistischen oder queerfeministischen Kreisen wiederum scheinen nur noch „die Betroffenen“ recht haben zu können. Zugespielt: Umso marginalisierter die eigene Positioniertheit in der gesellschaftlichen Hierarchie, umso besser sind die Chancen, dass man seine Interessen durchboxen kann. Szenetypisches Überwachen und Strafen erfolgt hier dann auf dem Rücken einer Betroffenenperspektive, die man sich nur im Singular vorzustellen vermag. Die Betonung der Differenzen und des Status als Opfer (oder dessen Anwält*innen) legitimiert die selbstgerechte Abschottung einerseits und das Abkanzeln, Rügen oder gleich Niederkrähen von Gegner*innen andererseits

– und das können in diesen beschleunigten Zeiten des Bescheidwissertums schon jene sein, die nicht ganz up to date sind, mit welchem Abkürzungskonvolut sich aktuell die Vielfalt der sexuellen Identitäten oder die Gruppe der auf unterschiedliche Weise von Rassismus betroffenen Personen korrekt zusammenfassen lässt.

In ihrer exzessiven Ausprägung wird die Betonung von Differenz und Privilegien zum Selbstzweck und schließt für all jene den Raum, die ihre Position nicht mit ihrer Identität und Minderheitenzugehörigkeit belegen können oder wollen. Wenn den bereits Legende gewordenen „alten weißen heterosexuellen Männern“ auf diese Weise etwa eine profeministische und rassismuskritische Haltung abgesprochen werden muss, wenn Personen auf ihre potentielle Betroffenheit reduziert werden, wenn mehr oder minder subtil zur Debatte steht, welche Diskriminierungsform die anderen an Härte noch zu übertreffen vermag und stellvertretend zum Schutz der angeblich besonders Schutzlosen das Wort ergriffen wird, wenn Menschen als „privilegierte“ markiert und dafür schuldig gemacht werden –, dann versperrt hier ein „positionaler Fundamentalismus“ (Paula-Irene Villa) politische Allianzen der Verschiedenen und die Idee von hybriden Identitäten genauso wie er die Opferkonkurrenz befeuert und neue Paternalismen auf den Plan ruft.

Was kann die Identitätspolitik der Mehrheit der Gesellschaft anbieten? Was bleibt den „alten weißen heterosexuellen Männern“ und anderen Mitgliedern „privilegierter Gruppen“, als die eigene „privilegierte Position“ zu bedauern und sich dafür schuldig zu fühlen? Dann befinden wir uns schon sehr nah an der alten christlichen Moral, indem das Handeln durch Schuldgefühle über eine Ursünde bestimmt werden soll. Es ist daher kein Zufall, dass der Diskurs einen fast schon religiösen Charakter bekommen hat: Dissens wird auf moralische Kategorien von Gut und Böse verengt, was wiederum eine Dynamik entfaltet, die Kommunikation versperrt. Viele verstummen lieber als einen verbalen Fehltritt mit dem Potential des Szeenausschlusses und entsprechendem Aufschrei in den Filterblasen der sozialen Medien zu riskieren. Und natürlich geht es hier auch um Eitelkeiten und aktivisti-

³ Cisgender sind Menschen deren Geschlechtsidentität mit dem Geschlecht übereinstimmt, welches ihnen bei ihrer Geburt zugewiesen wurde.

sches Marketing in eigener Sache in einem Umfeld, in dem „Gutsein“ die Währung ist (Angela Nagle) und sich die Akteur*innen traditionell auf der richtigen Seite der Geschichte wähnen.

Während wir es uns in unseren Safe Spaces wahlweise zu gemütlich machen oder uns darin selbst zerfleischen, bleiben unsere Fähigkeiten zu streiten und zu argumentieren nach Außen auf der Strecke. Diese sind allerdings angesichts des Erstarkens rechtspopulistischer Bewegungen und rechter Parteien sowie umfassender ökonomischer und gesellschaftlicher Krisenprozesse dringend gefordert. Kurz gesagt: Es wird Schluss gemacht mit Politik. Und das auch noch mit besonders schlechtem Timing.

Trump in den USA, Kurz in Österreich, Orban in Ungarn, Kaczynski in Polen, Bolsonaro in Brasilien: Die Liste der rechtspopulistischen Regierungen weltweit wird länger. Der Erfolg rechter Parteien in Europa und den USA deutet auch darauf hin, dass der gegenwärtig mit linken Politiken assoziierte Identitätsdiskurs an den Anliegen vieler Menschen vorbei geht. Und mindestens ein Vermittlungsproblem hat: Für wen sind Allgender-Toiletten gedacht? Warum sollen Weiße keine Dreadlocks tragen? Wieso dürfen sich Kinder an Fasching nicht mehr als Indianer verkleiden? Was ist ein queeres Gedicht? In Zeiten von Rechtspopulismus und neoliberalen Kapitalismus, in denen die einen nach Schuldigen für den Aufstieg der Rechten suchen und die anderen angeblich endlich wieder sagen dürfen, was sie sich zuletzt nur hinter vorgehaltener Hand oder in den (im Übrigen recht geräumigen) Safe Spaces ihrer rechten bis konservativen Öffentlichkeiten zu sagen trauten, werden Minderheiten-Issues als Luxusprobleme einer Bildungselite verächtlich gemacht.

Eine emanzipatorische Linke sollte sich selbst befragen, ob sie sich in Zeiten, in denen vor dem Hintergrund institutionell und strukturell abgesicherter Ungleichheiten schon lange nichts mehr gewonnen wurde außer einem schwarzen US-Präsidenten, einer ostdeutschen Kanzlerin, Hijab-tragender Models in der Katjes-Werbung und eines Beauftragten für Antisemitismus, ob sie sich in Zeiten der Ohnmacht (Georg Seeßlen) und der gefühlten Vergeblich-

keit der Kämpfe nicht über Gebühr an Symbole und Semantiken, an Gendersternchen und Dreadlock-Verbote für Weiße klammert.

Es ist zu vermuten, dass diese ganze Kultur der Kränkung vor allem damit zusammenhängt, dass das kranke System seiner Verlottertheit zum Trotz in der Lage ist, sich putzmunter immer wieder neu zu erfinden. Ob die Macker*innen aus den eigenen Reihen, denen man antisemitische oder rassistische Gehalte in ihren Positionen und Haltungen nachweist, dann tatsächlich mit demselben Eifer bekämpft werden sollten wie der AfD-Funktionär im Quartier, ist eine schwierige Abwägungsfrage und muss natürlich jede*r Aktivist*in oder Social Media-Nutzer*in entlang des eigenen Wertekanons selbst entscheiden. Wir meinen mit aller Vorsicht: tendenziell nein!

Vielleicht hilft es dabei, weniger auf festgenagelten Grundsätzen zu beharren, sondern etwas offener und mit Verweis auf sozialpsychologische Effekte zu argumentieren: Erfahrungsgemäß erzielt man mit der Kultur des Aufschreis selten Lerneffekte. Öffentliche Kritik wird von den Kritisierten eher als Tribunal oder als Pranger wahrgenommen. Umso mehr, je gnadenloser sie formuliert ist. Schon um keinen Gesichtsverlust zu erleiden, beharren Kritisierte eher auf ihrem problematischen Standpunkt, als dass sie sich offen zeigten für Kritik. Diese affektmotivierte Dynamik macht das, was zu den Glaubenssätzen linker, kritischer Theorie und Praxis gehört, unmöglich: emanzipatorische Politik als einen gemeinsamen Prozess zu begreifen, in dem nicht das einseitige Auflösen, sondern das Aushalten von Widersprüchen die Prämisse ist, welche linke Praxis von jener des rechten Lagers unterscheidet.

Eine emanzipatorische Linke sollte im Kampf gegen Rechtspopulismus soziale und ökonomische Fragen nicht gegen Rassismus-, Antisemitismus oder Sexismuskritik ausspielen. Durch einseitige Verengungen gewinnt man hier nichts – weder analytisch noch politisch. Wer glaubt, der Kampf für die Einrichtung von Unisexklos würde die Revolution bedrohen, bedient im Kern die Angst-Ideologie der Rechtspopulist*innen. Was eine gesellschaftliche Veränderung

vermutlich aber am meisten bedroht, ist eher die Neigung, sich gekränkt auf die stillen Örtchen zurückzuziehen und das Unbehagen am großen Ganzen mit Edding auf der Türinnenseite einer öffentlichen Toilette zu hinterlassen, weil der Schmutz der Kloake da draußen das ästhetische Empfinden, das sich über eine weiße Weste definiert, massiv verletzen könnte.

Was also tun? Unser Sammelband schließt mit einem völlig ironiefreien 10-Punkte-Plan für den ultimativ richtigen Umgang mit Betroffenen, Identitäten und Allianzen. Eine Auswahl möchten wir Ihnen hier nicht vorenthalten.

Schluss mit den Entschuldigungsgesten!

Wie sagte noch Bill Maher: „Stop protecting your virgin ears and start noticing you're getting fucked in the ass.“ Man muss die Punchline des Comedians nicht mögen, und ja, sie ist mindestens homophob. Wir erzählen den Joke trotzdem, weil wir ihn als Kritik an den Exzessen der Identitätspolitik deuten, deren Vertreter*innen sich im Kampf um Sprache und Symbole verausgaben, während strukturell und institutionell abgesicherte Ungleichheiten eher unbehelligt bleiben und Rechtspopulist*innen in aller Welt munter ihren Gang durch die Institutionen antreten. Wer ist schuld am Rechtspopulismus? Natürlich hat (auch) die Linke versagt. Ob Trump vor allem deshalb ins Weiße Haus einziehen konnte, weil die Linke sich vorrangig mit Identitätspolitik beschäftigt hat, sei dahingestellt. Nicht mehr zu entschuldigen ist aus unserer Sicht, wenn sie sich weiterhin die Ohren zuhält.

Wir haben auch Klasse!

Es gibt aktuell in gewissen Teilen der Linken eine recht stark ausgeprägte Sehnsucht nach einem homogenen Klassensubjekt. Aber sorry Leute, der typische Revolutionär war vor allem eines: die Inkarnation einer weißen, männlichen Fiktion, die nur über Ausblendungen – etwa der unbezahlten, mehrheitlich von Frauen erbrachten Sorge- und Pflegearbeit – oder über Ausschluss – etwa der nicht-weißen Belegschaft – überhaupt Wirklichkeit werden konnte. Eine emanzipatorische Linke sollte im Kampf gegen

Rechtspopulismus und neoliberalen Kapitalismus nicht wieder damit anfangen, soziale und ökonomische Fragen gegen die Kritik an Rassismus, Antisemitismus oder Sexismus in Stellung zu bringen. Ohne der kitschigen Vorstellung eines harmonischen Klasseninteresses („Wir wollen doch eigentlich alle das Gleiche!“) Vorschub zu leisten oder vor Verteilungskämpfen die Augen schließen zu wollen, sei dennoch die naive Frage gestattet: Sind nicht eigentlich genug Toilettenhäuschen für alle da? Zugleich ist es auch keine neue Erkenntnis, dass im Engagement für die Repräsentation und symbolische Anerkennung von Minderheiten die soziale Frage allzu stark vernachlässigt wurde. Mehr noch: Mit dem Phänomen, dass es manchen queeren, Schwarzen, dicken und anderen wunderbaren Minderheitsgeschöpfen über die Affirmation von Devianz bestens gelingt, die Anforderungen eines auf radikalen Individualismus setzenden Neoliberalismus zu erfüllen, müssen sich Linke auseinandersetzen. Und sie tun es ja auch schon längst. Wenn auf der Party für Vielfalt die Frage, wer die Unisextoilette anschließend zu welchen Bedingungen putzt, nicht immer auch zentral verhandelt wird, sind wir nicht wesentlich weitergekommen als das Diversitymarketing in der United Colors of Benetton-Werbung der neunziger Jahre.

Sport ist Mord oder: Wir sagen die Unterdrückungsolympiade ab!

Haben jetzt Juden oder Schwarze oder Frauen am meisten gelitten in der Geschichte? Lassen sich die Achsen der Ungleichheit beliebig erweitern? Rangiert Fatphobia auf derselben kategorialen Ebene wie LGBTIQ-Feindlichkeit oder Rassismus? – Und wenn wir heute glauben, dass nein, würden uns künftige Generationen zurecht als chauvinistisch abqualifizieren? „Wir sind hier ja nicht bei der Unterdrückungsolympiade“, lässt die Autorin Chimamanda Ngozi Adichie in ihrem Roman „Americanah“ eine Professorenfigur sagen. Das letzte Wort der Sozialwissenschaft ist in der (Unter)Bestimmtheit der Verschränkung sozialer Strukturkategorien natürlich noch nicht gesprochen. In der Zwischenzeit können wir neugierig sein, was dieser Prozess des Suchens und Auslotens mit sich bringt, und uns daran erinnern, dass emanzipa-

torische Kritik ja die Kritik an jeglicher Herrschaft – auch jener durch eine Zwangsidentität – ist oder sein sollte. Die „bessere“ Identitätspolitik äußert sich aus unserer Sicht jeden falls nicht im Zementieren von Partikularinteressen, sondern in einer Identitätskritik und damit im Streit für (Individualität im) Pluralismus.

Schluss mit dem Gejammer im weißen Westen – wir müssen uns schmutzig machen!

Die Errungenschaften und Erfolge der langwierigen Kämpfe von Minderheiten und ihren Alliierten lassen sich vielleicht am besten über das Ausmaß der Kritik messen, die gegen die Anerkennung von Pluralität und Diversität in Stellung gebracht wird. Dann also Applaus und Konfettikanone! Feiern wir doch lieber die gleichgeschlechtliche Ehe, die Unisextoiletten, den dritten Geschlechtseintrag und die Abschaffung des N-Worts im Kinderbuch, statt uns über die politische Selbstverständlichkeit zu wundern, dass die Reaktion alle Geschütze auffährt, um zu retten, was ihr heilig ist: die traditionelle Ehe und Familie, die „natürliche“

Ordnung zweier eindeutiger Geschlechter sowie das Recht auf kolonialrassistische Hochkultur beispielsweise. Die Stimmung in unseren Safe Spaces ist bisweilen von einem Geschaukel zwischen Ohnmacht und Hybris gekennzeichnet, zwischen Nichtsgeht und Nichtgenug. Dazwischen kommt die Anerkennung von Etappensiegen viel zu kurz, die auch auf dem schmutzigen Weg der Kompromisse und des Händeschüttelns von falschen Freund*innen zustande gekommen sind – und vor allem für gesellschaftliche Minderheiten ein etwas besseres Leben im Falschen ermöglichten. Die Einteilung der Welt in Gut und Böse dient vermutlich vor allem dem Zweck der eigenen Orientierung in einer als zunehmend komplex erlebten Welt. Der Zweck heiligt aber nicht die Mittel. Wir wissen, dass das Private der romantischen Idee zum Trotz alles andere als ein sicherer Ort ist. Also raus aus den angeblichen Safe Spaces und Echokammern, im Wissen, dass es schmierig werden kann. Wer die Parole fürs Schmutzigmachen allerdings (absichtlich) mit einem Freifahrtschein fürs Arschlochsein verwechselt, für den gilt: Zurück auf Start. ■

Rezension:

Philosophie der Heimat – Heimat der Philosophie

von Marie Mannheims¹

In der bereits 2003 veröffentlichten Habilitationsschrift „Philosophie der Heimat – Heimat der Philosophie“, gelingt Joisten ein analytisches Konzept, mit dem es ihr gelingt, den Backpacker ebenso wie den Lokalmatador zu erfassen. Durch Rückgriff auf Husserls Ansatz, phänomenologische Untersuchungen vom Menschen her und dabei dessen Bezug zur Sache zu bedenken, ist Joistens Herangehensweise eine transzendente-philosophische Untersuchung.² Des

Weiteren und unter anderem von Rainer Piepmaier inspiriert erarbeitet sie eine ontologische Analysestruktur, die Heimat als Prozess des Erfahrens versteht.³ Es steht im Fokus, wie der Mensch als heimatliches Wesen, das angewiesen ist auf Anbindung an seine Umwelt, ebendiese erreicht und wie er so Heimat erfährt. Somit zeigt die Phänomenologie von Joisten keine politische oder historische Heimatdefinition. Vielmehr ermöglicht es die Verfasserin, Heimat und die individuelle Beziehung, den Prozess der Beheimatung des Einzelnen, nachzuvollziehen.

¹ Marie Mannheims ist Masterstudentin der Politikwissenschaft an der Universität Bonn und Mitarbeiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung. Ihr Forschungsinteresse richtet sich besonders auf gesellschaftliche, soziale und philosophische Problematiken.

² Karen Joisten: „Philosophie der Heimat – Heimat der Philosophie“, Berlin, 2003, S.12-18.

³ Ebd., S. 28.